

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Bestellungen 10 Pfennig

**Heute roter Generalstreik**  
für alle Mitglieder der Kommunistischen Partei  
und der revolutionären Massen-Organisationen.  
Es spricht der Führer der Arbeiterschaft:  
**BOGOSLO FRIZ SELHMANN, Leipzig**  
19:30 Uhr im Kristallpalast

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale  
Verbreitungsgebiet Ostschlesien / Vellagen: Der rote Stern /  
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Arbeiter

Verlag: Dresdener Verlags-Gesellschaft mbH, Dresden-N., Schillingstraße 10  
Druck: Druckerei "Der Arbeiter", Dresden-N., Schillingstraße 10  
Erscheinungstermin: Montag 18-19 Uhr abg. Sprechstunden, Mittwochs 17-18 Uhr  
bestellen und abbestellen. Sonntags, Feiertags 18-19 Uhr bestellbar

7. Jahrgang Dresden, Donnerstag den 8. Oktober 1931 Nummer 164

## Brünings Notverordnung verkündet: Belagerungszustand!

### Massenkampf gegen faschistische Notverordnungs-Diktatur!

Die neue Notverordnung der faschistischen Brüning-Regierung ist in Kraft getreten. Sie umfasst 30 Artikel, Abbau der Erwerbslosenunterstützung, neuen Lohn- und Gehaltsraub, Verbote und Kerker. Die Diktatur-Notverordnung ist ein neuer ungeheuerlicher Anschlag gegen das werktätige Volk. Die letzten kümmerlichen Reste der Weimarer Verfassung werden durch einen Federstrich Hindenburgs beseitigt.

Aufgehoben ist: Unverletzlichkeit der Person, Unverletzlichkeit der Wohnung, Unverletzlichkeit des Briefgeheimnisses, das Recht der freien Meinungsäußerung durch Wort, Schrift, Druck oder Bild, das Recht der Versammlung ohne Anmeldung und besondere Erlaubnis, die Bildung von Vereinen oder Gesellschaften. Dazu kommt die von uns bereits gemeldete Schaffung von Sondergerichten, Schließung von Arbeiterlokalen, Parteihäusern, verschärfte Knebelung der kommunistischen Presse und Gefängnisstrafen wegen Verbreitung illegaler Literatur. Ausnahmezustand über Deutschland! Der nächste Schritt ist Verbot der Kommunistischen Partei, Standgericht und Militärdiktatur!

### Schafft die rote Einheitsfront!

Protestiert in allen Betrieben, Stempelstellen, Gewerkschaften und Arbeiterwohnungen! Entsetzt den Massen Kampf gegen den faschistischen Belagerungszustand. Wegen der Hungerwinter der Ausbeuter, den Kampfwinter des Proletariats. Die Arbeiter, Angehörigen, unteren Beamten, Mittelständler und Kleinbauern müssen gegen die Notverordnungs-Diktatur der „nationalen Selbsthilfe“, für das rote Selbsthilfeprogramm der Kommunistischen Partei kämpfen.

raubten Vermögens. Beseitigung der Lebensmittelzölle, Aufhebung der Lohnsteuer, Kreissteuer und der Zuersteuer, dafür Einführung einer Sondersteuer auf alle großen Vermögen, Auflichterantennen und Dividenden, Einführung einer Millionärsteuer, die wiederholt von den Nazis und Sozialdemokraten abgelehnt wurde.

Das sind nur ein Teil der Forderungen des werktätigen Volkes. Im außerparlamentarischen Kampfen Kampf muß das rote Selbsthilfeprogramm der Kommunistischen Partei durchgeführt werden.

Die Notverordnungs-Korruption peinigen das werktätige Volk. Die Kommunistische Partei ruft unerhört an und führt zum roten Kampf gegen die Brüning-Schicksals-Diktatur! Die drakonischen Notverordnungen müssen fallen, wenn das Volk leben will. Schweißt die rote Einheitsfront! Erhebt das rote Sturmbanner zum Kampf für Arbeit, Brot und Freiheit! Vorwärts für ein freies sozialistisches Deutschland.

### Brüning — Eugenbergs

Die Brüningregierung ist zurückgetreten. Die letzte Tat dieser Regierung war die Verkündung jener Notverordnung, die für die Arbeiterklasse, für das gesamte arbeitende Volk, in ihrem Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung den Ausnahmezustand, den Belagerungszustand dekretiert. Der achte Teil der Notverordnung vom 7. Oktober verfügt, daß die im Artikel 48 Abs. 2 der Reichsverfassung genannten Grundrechte außer Kraft gesetzt werden. Diese Grundrechte sind: Die Unverletzlichkeit der Freiheit der Person, die Unverletzlichkeit der Wohnung, die Unverletzlichkeit des Briefgeheimnisses, das Recht der freien Meinungsäußerung in Wort, Schrift, Druck oder Bild, das Recht der Versammlung ohne Anmeldung und besondere Erlaubnis, die Bildung von Vereinen oder Gesellschaften, die Gewährleistung des Eigentums durch die Verfassung.

Alle diese politischen Rechte, Pressefreiheit, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit, sind durch die Notverordnung „in dem Umfang ihrer Durchführung erforderlichen Umfang“, wie es in der Schlußbestimmung der Notverordnung heißt, aufgehoben. Der gegenwärtige Zustand der Unterdrückung der kommunistischen Zeitungen charakterisiert diesen „erforderlichen Umfang“. Es können nur noch wenige kommunistische Zeitungen legal erscheinen. Die neuen Bestimmungen in der Notverordnung wurden geschaffen, um diese wenigen Zeitungen ebenfalls zu verbieten. Die kommunistische Presse ist schon jetzt verboten, als sie erscheinen kann. Das ist die gegenwärtige Regel. Bis zum völligen Verbot der kommunistischen Presse ist nur noch ein kleiner Schritt. Die Versammlungsfreiheit unterlag jetzt schon starken Einschränkungen durch die Polizeimaßnahmen. Auf Grund der neuen Notverordnung erhält die Polizei neue Anweisungen zur Unterdrückung nicht nur der kommunistischen Partei, sondern aller revolutionären Arbeiterorganisationen. Die Polizei erhält den Auftrag, die Räume der Arbeiterorganisationen zu schließen, „wenn zu besorgen ist, daß in diesen Räumen Personen aus politischen Beweggründen oder zu politischen Zwecken“ sich aufhalten. Daß die Brüningregierung als letzte Regierungsakt Gefängnisstrafen wegen Verbreitung revolutionärer Literatur dekretiert, daß sie mit der Einleitung von Sondergerichten droht, zeigt, daß sich die herrschende Klasse nur noch durch Gewalt halten kann.

Der Rücktritt der Brüningregierung erfolgte nicht freiwillig. Dieser Rücktritt ist das Ergebnis des Klassenkampfes, der Zuspaltung und Verschärfung der kapitalistischen Krise. Diese Krise hat jetzt zu einer Regierungskrise geführt. Brüning konnte durch Notverordnungen Versammlungen, Demonstrationen, Flugblätter und Zeitungen verbieten. Er konnte nicht verbieten den Voranschritt der Kommunistischen Partei und den Kampf der Arbeiterklasse. Brüning konnte durch Notverordnungen den Lohnabbau für große Teile der Arbeiterklasse, für die Staats- und Gemeindefunktionäre, für die Eisenbahner und Bergarbeiter dekretieren. Aber er konnte nicht verhindern, daß die Arbeiter diesem Lohnabbau Widerstand entgegengebrachten haben und in Zukunft in noch stärkerem Maße entgegenzusetzen werden, daß die Bergarbeiter in allen Bergbauregionen Deutschlands Streiks gegen den Lohnabbau durchführten, daß die Eisenbahner und Seelente in Danzig, Königsberg, Stettin, Hamburg, Bremen ebenfalls die Fahne des Streiks erhoben. Selbst die getreulichsten Stützen des Brüning-Systems, die Sozial-

## Solidaritätsstreik in Danzig

Kampf von 1300 Weichselholzarbeitern / Hafnarbeiterstreik verschärft

Danzig, 7. Oktober.

Die Lage im Danziger Hafen, in dem seit Donnerstag voriger Woche die Hafnarbeiter streikten, hat sich weiter verschärft. Die Holzarbeiter haben sich geweigert, das Holz von den Holzleibern an die Schiffe zur Verladung hereinzuschaffen, weil die Mitglieder der Technischen Nothilfe, die jetzt im Danziger Hafen die Verladungsarbeiten leisten, Streikbrecherarbeit machen. Auf Grund dieser Weigerung haben die Unternehmer erzwungen, am Mittwoch die Weichselholzarbeiter, etwa 1300 Mann, auszusperren.

### Vorbildliche Solidarität

Danzarbeiter und Kleinbauern unterstützen Danziger streikende Hafnarbeiter

Danzig, 7. Oktober. (Eig. Bericht.)

Die Lage im Hafen ist unverändert. Die Hafnarbeiter haben den Streik geschlossen fort. Seit letzten Sonnabend nach sind durch eine besondere Verfügung der Regierung sämtliche kommunistischen Versammlungen verboten. Ein erheblicher Teil der Technischen Nothilfe hat die Arbeit im Hafen wieder eingestellt. Erneut weigerten sich an zwei Arbeitsplätzen die Schauermeister, mit den Teno-Streikbrechern zu arbeiten. Im Verkauf

der letzten Tage, besonders jedoch am Montag, kam es zu Zusammenstößen zwischen der Teno und den Arbeitern. Auch die von den Hafnarbeitern einberufenen Streikversammlungen wurden von der Polizei verboten bzw. aufgelöst. Jede Aufforderung zum Weiterstreik ist unter Strafe gestellt.

Neue Versuche der Gewerkschaftsbürokraten, ihre Mitglieder zum Streikbruch zu gewinnen, scheiterten. Die Zahl der Uebertreter von den christlichen und freien Gewerkschaften zum Einheitsverband der Hafnarbeiter und Seelente (RGO) geht bereits in die Hunderte. Nach wie vor weigern sich die Gewerkschaftsbürokraten, Streikunterstützung zu zahlen. Die Gewerkschaftsbüros werden von den streikenden Hafnarbeitern besetzt und wurden wiederholt von der Polizei, die von den Gewerkschaftsbürokraten gerufen wurde, geräumt. Die Verproviantierung der Streikenden mit Lebensmitteln ist in großzügiger Weise von den Landarbeitern und Kleinbauern bereits zu einem erheblichen Teile durchgeführt. Kraftwagen mit Kartoffeln, Brot und Fleischwaren treffen täglich in Danzig ein.

Heute holte die Gewerkschaftsbürokratie die Polizei, als die Arbeiter in den Gewerkschaftsbüros Streikunterstützung verlangten. Mit Polizeigewalt wurden die Arbeiter aus den Büros getrieben. Die Zahl der Teno-Streikbrecher hat heute abgenommen. In der Nähe des Hafens kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Polizei und Streikenden.